

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei E. S. Meici & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Strifand,
in Referat bei H. Matthias,
in Breschen bei J. Jabschu.

Posener Zeitung.
Einundneunzigster Jahrgang.

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei E. S. Meici & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidentank“.

Nr. 151.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal
erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutsch-
schen Reichs an.

Freitag, 29. Februar.

Inserate 20 Pf. die sechsgealtene Blattzeile oder deren
Raum. Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Abonnements auf die Posener Zeitung für
den Monat März werden bei allen Post-
anstalten zum Preise von 1 Mark 82 Pfg.,
sowie von sämtlichen Distributoren und
der unterzeichneten Expedition zum Betrage
von 1 Mark 50 Pfg. entgegengenommen,
worauf wir hierdurch ergebenst aufmerksam
machen.

Den neu hinzutretenden Abonnenten wird
der Anfang des Romans
„Ein Spiel des Zufalls“
unentgeltlich nachgeliefert.
Expedition der Posener Zeitung.

Die Erbschaft aus dem Wirthschaftsjahr
1883.

I.
Unter den Gegenständen der gesetzgeberischen Arbeit, welche
Regierung und Parlament Jahr aus Jahr ein zu bewältigen
haben, nehmen die wirthschaftlichen Fragen den breitesten Raum
ein. Es ist charakteristisch für unsere Zeit, daß die rein politi-
schen Fragen hinter den eben bezeichneten weit zurücktreten.
Werfen wir einen Rückblick auf das Jahr 1883, so werden wir
den wirthschaftspolitischen Maßnahmen, die innerhalb dieser Pe-
riode wirksam geworden sind, eine besondere Bedeutung beimessen
dürfen.

Was zuvörderst die Zollpolitik anlangt, so ist die bei
der Reichsregierung herrschende Anschauung, daß im Zweifel für
Pollerhöhung und gegen Zollermäßigung zu präsumiren sei, im
verfloffenen Jahre nicht erschüttert worden, wie das u. A. durch
die mannigfachen schutzöllnerischen Aenderungen, welche der
Bundesrath an dem amtlichen Waarenverzeichnis vorgenommen
hat, deutlich bewiesen worden ist. Freilich ist der von der Re-
gierung unternommene Versuch, an einer der wichtigsten Posi-
tionen des dreijährigen Zolltarifs, an dem Holzoll, zu rütteln
und eine Steigerung desselben auf das Doppelte und Dreifache
durchzusetzen, an dem Widerstande des Parlaments glücklicher
Weise gescheitert. Die Ablehnung der Holzollvorlage seitens des
Reichstages ist eins der erfreulichsten Fakta des ganzen Jahres,
sie besitzt in ihrem negativen Charakter den gebiegensten positiven
Werth. Sie hat zahlreiche Klassen einheimischer Groß- und
Kleingewerbe vor einer Erschwerung und Vertheuerung ihres
Geschäftsbetriebes bewahrt.

Ein freihändlerisches Gepräge trägt die Zollpolitik der Reichs-
regierung, soweit die im Jahre 1883 geschlossenen Handels-
verträge in Frage kommen. In dem Abschluß dieser Ver-
träge ist die Regierung zum ersten Male von dem seit Beginn
der sog. neuen Ära verfolgten Wege abgewichen: sie hat sich
zu einer Reduzirung der Zollsätze verstanden. Von den Ver-
tretern der Regierung und den Verfechtern des Schutzöllnerthums
ist mit großem Eifer bestritten worden, daß in diesem Vorgehen
irgend eine Konzession an den Freihandel gefunden werden dürfe.
Es soll uns das nicht bekümmern. Wurde die Regierung in
jenen Maßregeln durch einen Anflug freihändlerischer Gesinnung
geleitet, so kann uns dies nur lieb sein; wurde sie dagegen
wider ihren Willen durch die Gewalt der Thatsachen zu oben-
erwähntem Schritt gedrängt, so freuen wir uns gleichfalls, da
wir damit eine neue Bestätigung der Richtigkeit der Freihandels-
theorie gewonnen haben.

Unter den im Laufe des Jahres perfekt gewordenen Handels-
verträgen hat der mit Spanien vereinbarte am meisten Staub
aufgewirbelt. Die Verhandlungen wollten nicht vom Fleck kom-
men, die deutschen Exporteure schickten in der Furcht, den spani-
schen Markt während des Interimistilums zu verlieren, Petitionen
über Petitionen an den Reichskanzler ab, der Bundesrath trug
sich mit dem Gedanken, durch Retorsionsverordnung die nach
Deutschland eingehenden spanischen Waaren mit Zuschlagszöllen
zu belasten. Als der Vertrag schließlich zu Stande kam, hatte
die Regierung die Genugthuung, daß ziemlich alle Interessenten-
kreise mit dem Inhalt des Vertrages zufrieden waren; nur Ham-
burg fühlte sich durch die bekannte Spritklausel, welche dem in
jener Stadt aus russischem Rohspiritus hergestellten Sprit die
deutsche Nationalität und somit die dem deutschen Fabrikat beim
Eingange nach Spanien gewährte Zollvergünstigung aberkannte,
in seinen Interessen geschädigt.

Daß unser Reichskanzler in der Leitung der auswärtigen
Politik ein Meister ist, darüber sind Freund und Feind einig,
Deutsche wie Franzosen. Wenn wir bei alledem hier einen auf

jenes heikle Gebiet bezüglichen Wunsch aussprechen, so thun wir
es mit geziemender Bescheidenheit. Wir bitten nämlich, daß,
wenn wieder einmal ein Handelsvertrag abläuft und ein neuer
Pakt zu schließen ist, anders verfahren werde, als dies bei
Gelegenheit des deutsch spanischen Handelsvertrages geschehen ist.
Das Uebergangsstadium von dem älteren zu dem neuen, die bei-
den Länder verbindenden Verträge war eine Periode, die den
an dem internationalen Güteraustausch interessirten Geschäfts-
zweigen besser erspart bleibt. Der Handelsvertrag zwischen
Deutschland und Spanien vom Jahre 1868 sollte laut Kündi-
gung der spanischen Regierung Mitte Oktober 1882 seine En-
dschaft erreichen. Da mit legibezichnetem Termin noch kein neuer
Vertrag zu Stande gekommen war, wurde der ältere Vertrag
zuerst bis Mitte Dezember 1882, sodann bis Mitte Februar
1883, endlich bis Mitte März desselben Jahres verlängert; von
da ab bis zum Juli 1883 herrschte Vertragslosigkeit. In der
ganzen Zeit, welche zwischen dem ursprünglich bestimmten Ab-
laufstermin des älteren und dem Inkrafttreten des neuen
Handelsvertrages liegt, befanden sich die deutschen Indus-
trien, welche nach Spanien exportiren, in dem Zustande
lähmender Unsicherheit. Geschäfts-Abchlüsse auf spätere Ter-
mine waren unmöglich, da man nicht wußte, ob zur
Zeit der Lieferung die deutsche Waare in Spanien nach dem
billigeren Vertragstarif oder dem mit höheren Zollsätzen aus-
gestatteten Generaltarif verpackt werden müßte. Dazu kam, daß
die verschiedenen Prolongationen des älteren Handelsvertrages
immer erst ein paar Tage vor Terminablauf bekannt wurden. —
Wenn in künftigen Fällen derartige provisorische und gar ver-
tragslose Zustände, die stets beträchtliche Schädigungen im Ge-
folge haben, vermieden werden könnten, würde die Reichsregierung
sich des Dankes aller Interessenten versichert halten dürfen.

Wie in den im Laufe des Jahres 1883 geschlossenen
Handelsverträgen dem deutschen Export eine Stütze erwachsen ist,
so müssen ferner verschiebene auf dem Gebiete des Eisenbahn-
tarifwesens in dieser Zeit getroffene Maßnahmen als Mittel
zur Förderung der einheimischen Güterausfuhr bezeichnet werden.
Mehreren großen Industrien sind billige Exporttarife
zugestanden worden. Daß dagegen für die Ermäßigung
Importtarife an leitender Stelle keine Reigung vorhanden
war, bedarf keiner Bemerkung. Eine Verquickung der Zollpolitik
mit der Eisenbahntarifpolitik ist bei herrschendem Staatsbahn-
system ganz unvermeidlich. Eine Regierung, die zwecks Schutzes
der nationalen Arbeit den Import durch hohe Zölle erschwert,
wird sich hüten, ihn in demselben Augenblick durch billige Frachten
wieder zu erleichtern. Wer sich für Staatsbahnen erklärt, der
muß die Uebereinstimmung der Tarifs- mit der Zollpolitik als
praktische Konsequenz hinnehmen.

Deutschland.

± Berlin, 27. Febr. Die Aenderungen, welche im Per-
sonalbestande des Reichstages seit dessen letztem Zusammen-
sein am 1. September 1883 vor sich gegangen sind, haben eine
nennenswerthe Verschiebung in der Parteigruppierung nicht her-
vorgezogen, so daß das Stärkeverhältniß der einzelnen Fraktionen
in der nunmehr beginnenden letzten Session der laufenden (V.)
Legislaturperiode annähernd dasselbe bleibt, wie 1881. Positive
Verluste hat in den nöthig gewordenen Ersatzwahlen nur die
Fortschrittspartei erlitten, sie gewann einen Sitz und büßte deren
zwei ein, welche die deutsche Reichspartei eroberte resp. wieder-
gewann, da sie vor den letzten Wahlen bereits die Inhaberin
beider Wahlkreise war. Im Uebrigen haben noch die Sezessionis-
ten ein Mandat gewonnen, die Nationalliberalen eins verloren,
so daß am 6. März d. J. die Sezessionisten, die Nationallibe-
ralen 44, die deutsche Reichspartei 24 Mann stark im Reichstage
erscheinen werden, während die Fortschrittspartei einstimmen nur
59 Vertreter, statt der bisherigen 61 zu stellen vermag, indem
inzwischen auch das Mandat für den Wahlkreis 4. Biegnitz
(Bunzlau) zur Erledigung gekommen ist. Bekanntlich hat das
Reichsgericht die Revision gegen das verurtheilende Erkenntniß
verworfen, welches den bisherigen Vertreter für Bunzlau, den
fortschrittlichen Abgeordneten Richter (Mühlradlitz), wegen Ma-
jestätsbeleidigung neben einer Gefängnißstrafe von sechs Monaten
auch mit dem Verlust sämtlicher aus öffentlichen Wahlen her-
vorgegangenen Aemter und Würden belegte. Das am 24. Ja-
nuar d. J. bestätigte Urtheil ist jonach rechtskräftig geworden;
von Veranstellungen zu einer Ersatzwahl hat freilich bisher nichts
verlautet. Selbstredend steht einer erneuten Kandidatur des
seines Mandats durch diesen Richterspruch verlustig Gegangenen
nichts im Wege.) Im Einzelnen gestalten sich die stattgehabten
Mandatserneuerungen folgendermaßen: Am 4. Dezember v. J.
drang im Wahlkreise 1. Merseburg (Torgau) der Sezessionist
Dr. Horwitz mit einer Mehrheit von 3600 Stimmen gegen den
bisherigen Vertreter, den freikonservativen früheren Obertribunals-
rath Clauswitz durch, dessen Wahl schon am 15. Februar für
ungültig erklärt worden war; bei Gelegenheit der Besprechung
einer in der außerordentlichen Session des Reichstages sezeßio-

nistischerseits eingebrachten Interpellation wegen der Verzögerung
der Neuwahl in diesem Kreise gab der Bundeskommissar, königl.
preuß. Ministerpräsident v. Puttkamer jene, wie man sich
erinnern wird, allgemeines Aufsehen erregende Interpretation des
Wörtchens „sfort“. Am 27. Sept. siegte in engerer Wahl der
fortschrittliche Kaufmann Cronmeyer mit 600 Stimmen über die
absolute Majorität in dem vormalig Bennigsen'schen Wahlkreise, der
an Bennigsen's Stelle aufgestellte nationalliberale Kandidat brachte
es nur auf etwa 700 Stimmen. Am 20. Oktober wurden im
2. Stralsund (Greifswald) für den verstorbenen fortschrittlichen
Senator Stoll ein Ersatzmann gewählt; es siegte der freikonserv-
ative Landrath Graf Behr-Behrenhoff mit 7575 Stimmen über
den fortschrittlicherseits nominirten Kandidaten Kapitän Schwarz,
der nur 6247 Stimmen erhielt. Graf Ballestrin, der im August
in Folge der Differenzen zwischen ihm und der ultramontanen
Breslauer Presse sein Mandat niedergelegt hatte, wurde am
8. November mit erdrückender Majorität wiedergewählt. Für
den verstorbenen Vertreter Marburgs, den deutsch-konservativen
Professor Arnold, gelangte der Rechtsanwalt Dr. Grimm, Mit-
glied des Abgeordnetenhauses, durch die am 20. Nov. vollzogene
Wahl, auch in den Reichstag. Für den Abg. v. Sigmund, der
sich zwar zum Centrum hielt, in vielen Fragen jedoch, namentlich
bei der Gewerbeordnungsnovelle und dem Krankensicherungs-
gesetz mit der Linken stimmte, ist in Folge Mandatsniederlegung
Fehr. v. Freiberg für Dillingen gewählt worden, der in den
Fraktionsverband des Centrums eintreten wird. In 3. Ober-
franken (Pforzheim) hat der Fortschritt den zweiten Mandatsver-
lust zu beklagen, da nach dem Verzicht des im Range beförder-
ten Landgerichtsrath Herz der fortschrittliche Kandidat Zimmer-
nicht durchdrang, vielmehr der zur deutschen Reichspartei zählende
Fehr. v. Aufseß gewählt wurde. In Mörs trat an die Stelle
Grütersing, der sein Mandat wie auch das zum Landtage nieder-
legte, der Fehr. v. Hönsbroich auf Schloß Haag bei Gelnern,
der am 18. November verstorbene Welfe v. Adelebsen wurde
durch Götz v. Ohlenhausen ersetzt, der am 7. Jan. d. J. gegen
Köhler (Göttingen) den Sieg davon trug, und endlich errang
Herr von Anaern-Sternberg am 25. Februar das Mandat für
3. Minden (Bielefeld-Wiedenbrück), welches durch den Tod des
fast 78 jährigen Obergerichtsrath und Geh. Justizraths Marcard
am 27. Nov. frei geworden war. Gegenwärtig sind außer dem
Bunzlauer noch 2 Reichstagsmandate erledigt. 2. Meiningen
(Sonneberg) wo an Stelle des verstorbenen Basker der liberale
Senator Witte (Kosfeld) kandidirt, Neuwahl 17. März, und 12.
Breslau (Habelschwerdt), den bisher der am 12. Januar d. J.
verstorbene Herr v. Ludwig vertrat. In der hier am 26. März
ankündigten Neuwahl dürfte der vom Centrum in Aussicht ge-
nommene Kandidat, Fehr. v. Güene, voraussichtlich ohne Kampf
durchdringen; die Wähler des Glaser-Kessels sind eine so homo-
gene Körperschaft, daß z. B. bei den Wahlen des Herrn von
Ludwig dieser stets mindestens 8000 Stimmen auf sich vereinigte,
während seine Gegner resp. die zerplitterten Stimmen allesamt
höchstens die Zahl fünfzig erreichten! Damit gewinnt denn das
Centrum zunächst ein sicheres Mitglied an Stelle eines unsicheren
Kantonisten und außerdem den ihm im Reichstage längst sehr
nothwendigen Budget- und Finanzordner. — Im Ganzen wird
demnach der Reichstag vom 6. März ab zwar keine wesentlich
veränderte Physiognomie aufweisen, doch wird wohl hie und da
das Fehlen so markanter Persönlichkeiten, wie Basker, v. Ludwig
und auch Marcard es waren, schmerzlich empfunden werden.

Der Bundsrath wird sich in seiner nächsten Sitzung,
welche nicht, wie sonst üblich, morgen, sondern erst an einem der
folgenden Tage abgehalten werden wird, mit den Anträgen der
Aussschüsse über die Entwürfe des Aktiengesetzes und des
Unfallversicherungs-gesetzes, welche morgen im Druck be-
endet sein werden, zu beschäftigen haben, und da es wahrschein-
lich ist, daß das Plenum diesen Anträgen zustimmen wird, so
werden beide wichtigen Entwürfe voraussichtlich dem Reichstage
sofort nach seinem Zusammentritt zugehen können. Ueber den
Entwurf von Abänderungen des Hilfsklassengesetzes sind die Be-
rathungen der Ausschüsse noch nicht beendet. Was den Bericht
der Zukerrenquete-Kommission betrifft, so liegt zwar derselbe
nebst seinen Anlagen, mit denen zusammen er einen sehr statt-
lichen Umfang hat, gedruckt vor, jedoch beabsichtigt die Kommission
zur Revision desselben noch einmal zusammenzutreten, so daß in
der Einbringung des Berichts beim Bundesrath und somit auch
bezüglich der entsprechenden Vorlage beim Reichstage eine kurze
Verzögerung eintritt, welche indeß nicht verhindern wird, daß die
wichtige Reformangelegenheit in der bevorstehenden Reichstags-
session zum vorläufigen Abschluß gelangen kann.

L. C. Die vorläufigen Mittheilungen aus den amtlichen
Erhebungen über die hypothetische Verschuldung
des Grundbesitzes und über die Grundstücksverhältnisse,
welche der landwirthschaftliche Minister Dr. Lucius in der gestri-
gen Sitzung des deutschen Landwirtschaftsraths gemacht hat,
lassen darauf schließen, daß die Ergebnisse dieser Erhebungen den
Hoffnungen Derjenigen wenig entsprechen, welche auf die Ver-
anstaltung derselben so sehr gedrungen haben. Die Anregung

ging bekanntlich von den Agrariern aus und sollten die in parlamentarischen und anderen Versammlungen immer wiederholten Schilderungen der allgemeinen Nothlage der Landwirtschaft befrichtigen. Minister Dr. Lucius konnte nicht umhin, zu konstatiren, daß die zu Tage geförderten Zahlen, so ansehnlich sie im Einzelnen sein möchten, ein Gesamtbild dessen gäben, was die Beobachtung im Großen und Ganzen bestätigt, und daß sie den Eindruck einer außerordentlichen Verschiedenheit der ländlichen Nothstandsverhältnisse wiederpiegeln, die beeinflusst werden durch die verschiedenartigen klimatischen Bodenverhältnisse. Schlußfolgerungen aus diesen Thatsachen hat der Minister nicht gezogen; aber es liegt nahe, diese Schlußfolgerungen dahin zu ziehen, daß durch allgemeine Maßregeln, wie landwirtschaftliche Zölle u. s. w. diese Verschiedenartigkeit der Verhältnisse nicht nur nicht aufgewogen, sondern geradezu verschärft werden muß. Von besonderem Interesse war es, daß der Minister die von der badischen Regierung veranlaßten Berichte über die Lage des Grundbesitzes für ganz vortrefflich und sachlich erklärte; wovon wir mit um so größerer Befriedigung Akt nehmen, als gerade diese badischen Berichte ein sehr klares und unzweideutiges Urtheil über die Bedeutung der landwirtschaftlichen Zölle enthalten. Die von der badischen Regierung im vorigen Jahre berufene Kommission sach- und ortskundiger Männer, welche an 37 als typisch geltenden Dörfern unter Zuziehung von ortsanfässigen Sachverständigen die Verhältnisse prüfen sollte, hat in dem vom Ministerialrath Buchenberger und Kreiswanderlehrer Schmid erstatteten Bericht in wahrhaft muster-gültiger Weise zunächst die verschiedene Wirkung der Kornzölle hervorgehoben, die dem großen Besitzer nützen, dem mittleren gleichgültig sind und den kleineren schädigen, und ferner den zahlenmäßigen Nachweis geliefert, daß die bei weitem größte Zahl durch den Zoll leidet; von 370 landwirtschaftlichen Haushaltungen gewinnen durch Kornzölle 60 oder 16 Prozent, bleiben unberührt 110 oder 29 Prozent, werden geschädigt mindestens 200 oder 55 Prozent. Als Gesamtergebnis wird angeführt, daß von 222 746 landwirtschaftlichen Betrieben des Großherzogthums höchstens 7333 oder 3,36 Prozent, welche 27,4 Prozent des Gesamtareals bewirtschaften, durch die Erhöhung der Kornzölle Nutzen haben würden. Als Mittel zur Hebung der landwirtschaftlichen Zustände bezeichnen dagegen die Berichte in erster Linie eine bessere landwirtschaftliche Technik; 23 Berichte verlangen Ausdehnung und bessere Pflege des Obstbaues; 22 rationellere Handhabung der Rindviehzucht; 16 Ausdehnung und Verbesserung des Futterbaues. Eine ganze Reihe wünscht größere Vorsicht beim Kaufen und bei der Pachtung; 20 billigere Zinsgewährung durch eine Landeskreditkasse; einzelne verlangen Herabsetzung des dreijährigen Militärdienstes und der hohen Gerichts-, Anwalts- und Stempelgebühren. Dem Robe, welches Minister Lucius den badischen Berichten gesendet hat, können wir unsererseits unbedingt zustimmen.

Die Frage der Sonntagsruhe wird, wie man uns schreibt, voraussichtlich den Reichstag auch in seiner kommenden Session beschäftigen. Die bereits im Jahre 1882 von dem Berliner Agitationskomitee für Schließung der Geschäfte am Sonntage in Szene gesetzte Agitation hat bekanntlich eine von 7000 Handlungsgehilfen unterschriebene Petition gezeitigt, welche dem Reichstage im vorigen Jahre nur wegen Schluß der Session nicht zugehen konnte. Das genannte Komitee ist jetzt wieder in Aktion getreten, um dem nächstens zusammentretenden Reichstage die Petition zu unterbreiten. Derselben ist eine umfassende Motivirung beigelegt. Die Motive glauben die Nothwendigkeit eines freien Sonntags für die Kaufleute ganz besonders im Interesse ihrer Weiterbildung betonen zu müssen und verweisen nachzuweisen, daß der Besuch der Fortbildungsschulen seitens der Kaufleute bisher nur deswegen ein so geringer gewesen, weil ihnen die hierzu nöthige Zeit an den Wochentagen nicht gewährt wurde. Hieraus resultire die von allen kaufmännischen Vereinen konstatierte Thatsache, daß bei ihnen Mangels genügender Bildung der Bewerber, noch nicht einmal die angemeldeten vakanten Stellen besetzt werden konnten. Angesichts des jüngst im Landtage angenommenen Stöcker'schen Antrages erhält dieser Theil der Motive ganz besondere Bedeutung.

Die Beamtlichen der Sonntagsruhe der Eisenbahnen haben die in Folge Ministerial Erlasses angeordneten Ermittlungen ergeben, daß die für die Gewährung der erforderlichen Sonntagsruhe an das Personal der Staatseisenbahnverwaltung aufgestellten Grundsätze im Bereich der älteren Staatsbahnen in den hiesigen Provinzen im Allgemeinen zur Durchführung gelangt sind und daß es auch in anderen Landes- theilen gelungen ist, durch zweckmäßigere Diensttheilung dem Bedürfnis der Angestellten in der angegebenen Richtung mehr Rechnung zu tragen, als dies bisher der Fall war. In einem jüngst ergangenen Erlasse des Ministers für öffentliche Arbeiten spricht derselbe die Erwartung aus, daß die königlichen Eisenbahn- Behörden diesem wichtigen Gegenstande fortgesetzt ihre besondere Fürsorge zuwenden und durch eine sorgfältige Regelung und Revision der Diensttheilung, soweit nöthig, auch durch eine entsprechende Vermehrung der Hilfskräfte nach Maßgabe der etatsmäßig verfügbaren Mittel darauf hinwirken werden, daß die für die älteren Staatsbahnen geltenden Grundsätze bezüglich der Sonntagsruhe der Beamten auch in denjenigen Bezirken, in welchen dieselben noch nicht zur vollen Durchführung gekommen sind, allmählich zur Geltung gelangen. Was die Einschränkung des Güter- zugverkehrs an Sonn- und Festtagen anlangt, so haben die eingegangenen Berichte ergeben, daß es ohne Beeinträchtigung der Interessen des öffentlichen Verkehrs angängig gewesen ist, im Bereiche der Staatseisenbahnverwaltung an Sonn- und Festtagen etwa 23 pCt. der fahrplanmäßigen Güterzüge ausfallen zu lassen. Eine fortgesetzte Prüfung auch dieser Angelegenheit wird den Behörden zur Pflicht gemacht.

Die „Berl. Vol. Nachr.“ schreiben: „Daß eine Denkschrift über die Vorbildung des Klerus im Kultusministerium ausgearbeitet wird, wird uns bestätigt; wenn aber aus dieser Thatsache verschiedentlich die Folgerung gezogen wurde, diese Denkschrift sei berufen, die Unterlage für einen neuen gesetzgeberischen Akt auf kirchenpolitischem Gebiete zu bilden, so können wir dies als gänzlich unzutreffend bezeichnen.“

Zum Gesetzentwurf über den Feingehalt der Gold- und Silberwaaren, der dieser Tage dem Bundesrath zugegangen ist, kommt eine beachtenswerthe Mittheilung aus Hanau, das in dieser Industrie unter den deutschen Städten eine hervorragende Stellung einnimmt. Die dortige Handelskammer hat nämlich in ihrer letzten Sitzung beschloffen, schleunigst in einer Eingabe an den Bundesrath um Ablehnung des Gesetzentwurfs zu ersuchen, da die Einführung desselben unfehlbar auf eine Reihe von Jahren das ganze Geschäft lahm legen und den Ruin vieler Firmen herbeiführen würde. Das Gesetz würde unsere Goldindustrie jedenfalls noch empfindlicher treffen, so urtheilt man in Hanau, als die Monopolidee und die erhöhten Tabakzölle die Tabakindustrie getroffen haben. Wenn der Bundesrath das Gesetz annimmt, so wird die Hanauer Handelskammer eine Petition an den Reichstag richten, in welcher unter Klarstellung der einschlägigen Verhältnisse gegen Annahme dieses Gesetzes Protest erhoben wird.

In einer bereits von uns erwähnten Auslassung der „Times“ über die Rücksendung der Adresse des Repräsentantenhauses in Washington heißt es u. a.:

Ein englischer Minister würde, wenn er in den Fall läme, soch ein Dokument dem Unterbaute zuzustellen, wahrscheinlich genau eben so verfahren mit einem Beschlusse, welcher ein Oppositionsmitglied preist, wie mit einem Beschlusse zu Ehren eines Freundes.“

Sehr zufrieden, bemerkt dazu die „Rdn. Ztg.“, kann unser Reichskanzler damit sein, daß die „Times“ geneigt ist, zu glauben, Fürst Bismarck habe bei dem Stande der Parteien in Deutschland nicht anders handeln können, als er gehandelt hat. Dieser Glaube beruht indessen auf einer unvollkommenen Bekanntheit mit den deutschen Zuständen. Durch die Rücksendung der Adresse nach Washington wurde man in Deutschland eben so überrascht als anderswo. Was den amerikanischen Gesandten Herrn Sargent betrifft, so ist seine sofortige Abberufung schwerlich zu erwarten. Die Regierung in Washington muß seinen Bericht über das deutsche Einfuhrverbot des Schweinefleisches in einem anderen Lichte sehen als die hiesige. Er war verpflichtet, seine Ansicht, wenn sie auch eine irrige sein mag, seiner Regierung zu berichten. Für die Veröffentlichung seines Berichtes kann er nicht verantwortlich gemacht werden, denn es steht fest, daß nicht Herr Sargent es war, der diese Veröffentlichung bewirkte. Die amerikanischen Zeitungen entnahmen diesen Bericht dem amtlichen Blaubuche. Die Regierung der Vereinigten Staaten trägt also die Verantwortlichkeit für die Veröffentlichung, und sie hätte wohl besser gethan, den Bericht als einen vertraulichen nicht vor die Öffentlichkeit zu bringen, da er die Stellung des Herrn Sargent in Berlin schädigen mußte. Uebrigens hat Herr Sargent keineswegs den Fürsten Bismarck beschuldigt, das Einfuhrverbot aus persönlichen Gründen veranlaßt zu haben, sondern nur behauptet, es sei im Interesse der Grundbesitzer erlassen. Dagegen hat er in der Depesche auch die Meinung ausgesprochen, Bismarck's Ansehen sei im Schwinden begriffen, eine Aeußerung, die gewiß nicht vor die Öffentlichkeit gehörte. Man kann sich nicht wundern, daß seitdem weder der Reichskanzler noch Graf Hatzfeldt für Herrn Sargent zu Hause waren. Herrn Sargent's Tage in Berlin sind übrigens schon gezählt. Denn die amerikanischen Gesandten sind gewöhnlich nur für eine Präsidentschaft gewählt und es ist ein Ausnahmefall, wenn sie sich, wie Bancroft, unter verschiedenen Präsi- enten behaupten. Im Herbst wird ein neuer Präsident gewählt, und voraussichtlich wird Herr Sargent, ehe dieser sein Amt antritt, um seine Entlassung einkommen. Das ist der gewöhnliche Hergang. Das Gehalt des hiesigen amerikanischen Gesandten beträgt 75 000 Mark. Pension erhalten die amerikanischen Gesandten nicht.

Zur Verathung über die Kreis- und Provinzial- ordnung für Hannover sagt die „Provincial-Correspondenz“ am Schluß eines längeren Artikels:

Ein wichtiger Schritt zur Uebertragung der Verwaltungs-Organisation, wie sie durch die Gesetze von 1872 und 1875 in den sogenannten Kreisordnungs-Provinzen begründet worden, wird mit der Einbeziehung der Provinz Hannover in diese Organisation vollzogen sein. Damit ist die Bürgerschaft gegeben, daß die Durchführung der Verwaltungs-Reorganisation im ganzen Staat nicht ins Stocken gekommen ist, sondern von der Staatsregierung mit der festen Absicht die Vollendung verfolgt wird. Auch die weitere Bürgerschaft ist erlangt, daß es möglich ist, die aus den verschiedenartigsten Verhältnissen der westlichen Provinzen sich ergebenden Schwierigkeiten durch ernsten Willen und umsichtige Berücksichtigung abweichender Zustände ohne Preisgebung des Grundgedankens der Reform zu überwinden.“

Der Abg. M u d e l hat, unterstützt von den Abgeordneten Büchtemann, Dirichlet, Dr. Hänel, Garbers, Hermes, Klotz, Dr. Meyer (Breslau), Mohr, Ridel, Parisius, Richter, Schmieder, Dr. Seelig, Spanjer, Steffens, Warburg, Wiedwald, Worjewski, Relle, folgenden Antrag eingebracht:

Ein Spiel des Zufalls.

Roman von Ewald August König.

(Nachdruck verboten.)

(48. Fortsetzung.)

„Ich hab' mir darüber oft den Kopf zerbrochen,“ sagte Clemens Wolke, „aber ich kann's mir auch nicht anders erklären, wie es der Herr Untersuchungsrichter erklärt hat. Wenn das Fenster von Außen geöffnet werden sollte, so hätte man eine Scheibe einstoßen müssen und außerdem war ja auch die Thür zum Kassenzimmer nicht offen.“

„Diese Thür konnte ein geschickter Dieb mit einem Dietrich geräuschlos öffnen,“ erwiderte Fränzchen. „Sie hatten an jenem Abend viele fremde Diensthoten im Hause.“

„Alles ehrliche Leute!“ sagte Wolke rasch, während er schmunzelnd das Glas Wein annahm, das der Oberst ihm reichte.

„Bewiesen ist das auch noch nicht,“ fuhr Fränzchen fort, „der Dieb kann sogar unter den Gästen gewesen sein.“

„Dann wüßte ich nur Einen, den ich dazu fähig halten könnte.“

„Und dieser Eine?“ fragte der Oberst rasch. „Wie heißt er?“

„Heiliges Gewitter! ich werde mir hüten, einen Namen zu nennen,“ erwiderte der Kassendiener mit einer hastigen, abwehrenden Handbewegung, „da könnte ich mir schon die Finger verbrennen!“

„Fürchten Sie das nicht,“ sagte der Oberst; „was Sie hier sprechen, bleibt unter uns; dieselbe Verschwiegenheit erwarten wir von Ihnen. Ich will Ihnen den Namen jenes Gastes nennen: Herr Sonnenberg, nicht wahr?“

„Na ja, Herr Oberst; aber es muß unter uns bleiben. Der Herr ist, was man einen Schmarotzer zu nennen pflegt, und ich glaube, daß er nie einen Groschen überflüssig hat; mir hat er keinen gegeben, trotz aller Dienste, die ich ihm leistete. Ich sage, wenn einer der Gäste an jenem Abend die That begangen haben sollte, dann kann es nur Sonnenberg gewesen sein.“

„Er kam ja an jenem Abend herunter und schützte Nasenbluten vor.“

„Doch nicht; er hatte wirklich Nasenbluten.“

„Haben Sie es gesehen?“

„Natürlich; er hatte sogar einen von meinen weißen baumwollenen Handschuhen erwischt, den er als nassen Umschlag benutzte.“

„Wo geschah das?“ fragte Fränzchen.

„Im Schlafzimmers; aber er blieb nicht lange da und das Blut war auch bald gestillt.“

„Dann ging er in den Garten?“

„So sagte er später. Gesehen hat's Niemand, er war plötzlich verschwunden und ich dachte, er habe sich wieder einmal ohne Urlaub fortgemacht. Als aber Herr Reichert den Diebstahl entdeckte, da tauchte auch Herr Sonnenberg plötzlich wieder auf.“

„Hielten wir das einmal fest,“ sagte der Oberst, dessen graues Haupt die Tabakswolken immer dichter einhüllten. „Wie viel Zeit lag zwischen seinem Verschwinden und der Entdeckung des Diebstahls?“

„Na, eine Viertelstunde kann's gewesen sein.“

„War das Zeit genug, um die Thür des Kassenzimmers mit einem Dietrich zu öffnen, den Schreibtisch zu erbrechen und die Banknoten aus dem Geldschrank zu nehmen?“ fragte Fränzchen.

„Wenn er einen guten Dietrich besaß und genau wußte, in welcher Schublade der Kassenschlüssel lag, weshalb nicht?“ erwiderte Clemens Wolke.

„Und nachdem es geschehen war, konnte er durch das Fenster in den Garten hinaussteigen,“ sagte der Oberst nachdenklich. „Auf diese Möglichkeiten ist in der That zu wenig Werth gelegt worden; der Untersuchungsrichter hätte sie sofort in's Auge fassen müssen.“

„Sapristi, das ist alles leicht gesagt,“ erwiderte Kurt kopschüttelnd. „Wer darf auf einen solchen Herrn einen Verdacht werfen, so lange man keine Beweise hat? Ich hätte nicht den Muth dazu; Sonnenberg besitzt viele Freunde, sie alle würden seine Partei ergreifen und Beweise fordern.“

„Diese Beweise hätten gesucht werden müssen,“ sagte Fränzchen, „daß das nicht geschehen ist, werde ich dem Untersuchungsrichter nie vergessen.“

Clemens Wolke blickte bald sie, bald den Oberst an und wachsendes Befremden spiegelte sich in seinem blassen Gesicht.

„Ich habe gesagt, wenn der Dieb unter den Gästen an jenem Abend gesucht werden müsse, dann könne nur auf Herrn Sonnenberg Verdacht fallen,“ versetzte er, aber daß er wirklich die That begangen haben sollte, das glaub' ich nicht. Es ist doch auch nicht alles nur Scheinbeweis, was gegen Herrn Sonnenberg vorliegt, wenn das der Fall wäre, dann würde es der Untersuchungsrichter doch wohl herausgefunden haben.“

Der Oberst hatte sich von seinem Sitz erhoben, er fühlte das Bedürfnis, sich Bewegung zu verschaffen, es war für ihn das beste Mittel, die verlorene Ruhe wieder zu gewinnen.

„Vielleicht hätte er es herausgefunden, wenn er darauf aufmerksam gemacht worden wäre,“ sagte er, während er langsam auf und nieder wanderte: „wir konnten das nicht, wir waren selbst zu sehr Partei in dieser Sache, Sie aber könnten es heute noch. Sie könnten als Zeuge vor dem Schwurgericht erklären, daß nach Ihrer Auffassung eine falsche Spur verfolgt worden sei, Sie könnten den Hergang der Sache so schildern, wie wir ihn vorhin ausgelegt haben, ohne darin einen Namen zu nennen. Das würde die Geschworenen flüchtig machen und dem Vertheidiger einen festen Haltpunkt geben.“

„Und nachher hätte ich Herrn Sonnenberg und die ganze Familie Reichert am Hals,“ erwiderte der Kassendiener kopschüttelnd, indem er seine Mütze vom Stuhle nahm.

„Sie sind ja nicht mehr in Ihren Diensten!“

„Dum können sie mir doch noch schaden, Herr Oberst, und ich bin ein armer Schlucker, der von der Hand in den Mund lebt. Ja, wenn ich einen Beweis vorlegen könnte. Aber es ist ja alles nur Vermuthung und —“

„Können Sie nicht heute noch nach Beweisen suchen?“ unterbrach Fränzchen ihn rasch. „Sie kennen die Verhältnisse, die Lebensweise und die Gewohnheiten jenes Herrn. Benutzen Sie jeden freien Augenblick, um ihn zu beobachten. Vielleicht entdecken Sie, daß er mehr Geld ausgiebt als es früher geschah, vielleicht finden Sie in seinem Besitz einige jener großen Banknoten, die spurlos verschwunden sind, dann haben wir schon ein sicheres Fundament, auf dem weiter gebaut werden

